

Auszüge aus Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025 zum Thema Soziales und Wohnen



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

SPD

Wohnen/Obdachlosigkeit – unter anderem wird gefordert:

- Wohnungslosigkeit bis 2030 überwinden
- den akuten Wohnraummangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- In Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden.
- Die Mietpreisbremse soll unbefristet und auch für Immobilien, die bis 2019 bezogen wurden, gelten,
- Mietwucher muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts.
- Die Möglichkeit zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im BauGB wollen wir über 2025 hinaus verlängern
- das Recht der Eigenbedarfskündigung reformieren und es auf die Wohnnutzung durch die Kernfamilie beschränken.
- In Ballungsgebieten mit Gebieten eines angespannten Wohnungsmarkts nur eine maximale Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete
- Erhöhung des Wohngelds an die reale Preis- und Mietpreisentwicklung festschreiben.
- Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auf hohem Niveau stärken und verstetigen.
- Trendwende zu einer sozialen Bodenpolitik

Soziale u.a.:

- Passiv-Aktiv-Transfer ausweiten, vereinfachen und gesetzlich verankern.
- steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen.
- Bürgergeld - Mitwirkung eingefordert.
- Menschen mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden.
- Jobcenter personell und finanziell so ausstatten, dass sie eine individuelle und engmaschige Beratung sicherstellen können.
- Bürgergeldbeziehenden die gesundheitlich eingeschränkt sind müssen besser im Betreuungs- und Integrationsprozess unterstützt werden.
- Beschäftigungszeit für den sozialen Arbeitsmarkt entfristen.
- reguläre Beschäftigungen schaffen.
- Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.
- Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent sichern



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

Die Linke

Wohnen – unter anderem wird gefordert:

- Obdachlosigkeit abschaffen
- Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten!
- Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern
- dafür sorgen, dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer Wohnraum bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.
- Bezahlbares Wohnen als zentrale soziale Frage unserer Zeit.
- Mieten müssen gesenkt und wirksam reguliert werden.
- wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, Mieterhöhungen für die nächsten sechs Jahre ausschließen
- Staffelmieten und Indexmietverträge verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.
- Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt werden.
- Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt werden.
- Modernisierungsumlage abschaffen
- Sanierungen und Heizungstausch müssen warmmietenneutral sein.
- Strom- und Gassperren verbieten.
- Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter*innen keine warme Wohnung leisten können.
- Immobilienkonzerne mit mehr als 3 000 Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen.
- mittelfristig 30 Prozent gemeinnützige Wohnungen.
- Kommunalisierungsfond solle Kommunen unterstützen Wohnungen in die öffentliche Hand (zurück) zu holen.
- Preislimitiertes Vorkaufsrecht, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.
- Bauregulierungen überprüfen: Nicht alle Regulierungen beim Neubau sind sozial und ökologisch
- Kommunen sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen.

Soziale u.a.:

- Recht auf Existenzsicherung ohne Gängelung und Strafen.
- Regelsatz bei mindestens 813 Euro wie der Paritätische Wohlfahrtsverbandes aufzeigt
- Bürgergeld zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umbauen.
- Höhe der Grundsicherung an der sogenannten Armutgefährdungsgrenze orientieren. Eine alleinlebende Person würde demnach gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich bekommen (inkl. Miete und sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr).
- ein gerechtes Rentensystem für alle Menschen mit Erwerbseinkommen – auch Beamt*innen, Selbstständige, Freiberufler*innen, Manager*innen und Abgeordnete – zahlen in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ein.
- Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln.



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

Bündnis 90 / Die Grünen

Wohnen – unter anderem wird gefordert:

- Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden.
- Mit dem Housing-First-Ansatz Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.
- Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben
- Mieter*innen besser schützen, besonders vor dem Missbrauch von Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden.
- Entfristung der Umwandlungsbremse.
- Die Mietpreisbremse muss verlängert werden.
- Anstiege der Mieten über Ortsübliche Vergleichsmiete stärker begrenzen.
- Den Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete dafür deutlich verlängern.
- die Mietpreisbremse auf alle Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind.
- in angespannten Wohnungsmärkten einen Mietenstopp ermöglichen.
- Schlupflöcher schließen, wenn Wohnungen übersteuert als möblierte angeboten werden.
- Stopp von Mietensteigerungen über die ortsübliche Vergleichsmiete
- Mietwucher durch Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz bekämpfen
- Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften schließen.
- stärken das Vorkaufsrecht von Kommunen.
- Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen
- Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöhen
- Die Neue Wohngemeinnützigkeit stärken.

Soziales – unter anderem wird gefordert:

- Menschen mit existenz- und teilhabesichernden Leistungen so lange erhalten, bis sie in Arbeit sind.
- so viele Menschen wie möglich in zumutbare Arbeit oder Selbstständigkeit führen.
- Fokus auf Qualifizierung, Weiterbildung und Maßnahmen, mit denen eine nachhaltige Vermittlung in Erwerbstätigkeit gefördert wird.
- Fokus legen auf die Gesundheit der Erwerbslosen und insbesondere auf professionelle psychosoziale Unterstützung
- den Arbeitsagenturen und Jobcentern die Instrumente an die Hand geben, ihren Auftrag zu erfüllen
- Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt heranzuführen.
- Sozialstaat soll er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden.
- Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter 18-Jährige gilt.
- prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs abbauen.
- Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent halten.
- Grundrente zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln

Auszüge aus Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025 zum Thema Soziales und Wohnen



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

CDU

Wohnen – unter anderem wird gefordert:

- für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe.
- Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert werden
- das Wohngeld regelmäßig angepasst werden
- Entschlackung des Bauordnungs- und Raumordnungsrecht
- Eine befristete Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht.
- einfaches und innovatives Bauen Gebäudetyp E
- In Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen sollen Brach- und Konversionsflächen stärker genutzt werden.
- Bundeseigene Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sollen für den Wohnungsbau genutzt werden.
- Planungs- und Nebenkosten senken
- unterstützen vor allem Familien, sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen

Soziales – unter anderem wird gefordert:

- Bürgergeld abschaffen.
- Bürgergeld ersetzen durch eine Neue Grundsicherung.
- Den Vermittlungsvorrang wieder einführen
- Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit ist, muss die Grundsicherung komplett gestrichen werden.
- den Fokus der Jobcenter auf eine intensive und qualifizierende Unterstützung der Hilfeempfänger bei der Vermittlung
- Karenzzeiten abschaffen
- Mitwirkungspflichten der Grundsicherungsbezieher konsequenter einfordern und sanktionieren.
- ab dem ersten Tag in der Grundsicherung eine Vermögensprüfung
- das Schonvermögen von der Zahl der Arbeitsjahre abhängig machen.
- überproportionale Erhöhung des sogenannten „Bürgergelds“ verhindern.
- Sozialleistungsmissbrauch beenden
- vollständigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz-, Sicherheits- und Ausländerbehörden.
- Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken
- keine Verschiebung von steuerfinanzierten Ausgaben in die beitragsfinanzierten Ausgaben geben
- Sozialleistungen müssen aus einer Hand
- Mindestlohn festgelegt durch unabhängigen Mindestlohnkommission.
- keine Mindestlohnentscheidung im Deutschen Bundestag
- Keine Rentenkürzungen - weiterhin steigende Renten
- Für Menschen die 45 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, muss die gesetzliche Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegen.

Auszüge aus Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025 zum Thema Soziales und Wohnen



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

FDP

Wohnen – unter anderem wird gefordert:

- steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern
- beschleunigen Genehmigungsverfahren schaffen
- einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Genehmigungsstandards
- Gebäudetyp E als Vorbild
- Nachverdichtung und Aufstockung
- Vereinfachen der Ausweisung neuer Bauflächen.
- Faire Regeln für Mieter und Vermieter
- Vereinfachung des Nebenkostenrecht.
- Die Mietpreisbremse auslaufen lassen
- Keinen bundesweiten Mietendeckel
- Keine starren Kappungsgrenzen bei energetischer Sanierung
- Gezielte Unterstützung durch Wohngeld
- Zusammenspiel von Wohngeld, Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen neu justieren
- Klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit
- Deutschland soll eine Eigentümergebietung werden

Soziales – unter anderem wird gefordert:

- Arbeitszeitgesetz reformieren, mit flexiblen Arbeitszeitmodelle
- Tarifautonomie -keine politische Eingriffe in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission
- Modernisierung des Streikrechts.
- In kritischen Bereichen eine verpflichtende Schlichtungsvereinbarung
- Bürgergeld grundlegend reformieren.
- erwerbsfähige Arbeitslose zu einer aktiven Bringschuld und Eigeninitiative inklusive Beweislast verpflichten.
- Bei fehlender Initiative sollen die Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden.
- Sanktionen wirksamer gestalten. die Zumutbarkeitsregeln dahingehend anpassen, dass auch längere Pendelstrecken und Umzüge für Personen ohne Kinder zumutbar sind.
- Arbeitsgelegenheiten für Totalverweigerer einführen.
- Der Regelsatz liegt im Jahr 2025 weiter über dem Bedarf.
- Voraussetzung dafür schaffen, den Regelsatz abzusenken.
- Bürgergeld mit regionaler Pauschale für die Unterkunftskosten.
- Jobcenter müssen besser prüfen können, ob die Transferempfänger Autos besitzen, auf wie viele Konten sie Zugriff haben und ob sie Vermögen im Ausland besitzen.
- die Möglichkeit schaffen, sich für geringere Beitragszahlungen und in der Folge einen geringeren Anspruch auf Arbeitslosengeld zu entscheiden.
- selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt
- Gesetzliche Aktienrente.
- ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40 Prozent steigen.

Auszüge aus Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025 zum Thema Soziales und Wohnen



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

AFD

Wohnen – unter anderem wird gefordert:

- steigende Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen zeigt die mangelhafte Planung im sozialen Wohnungsbau
- sofortige Einführung einer bundesweiten zentralen Statistik zur Erfassung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit.
- die Mietpreisbremse und den Mietendeckel abschaffen
- Mehr Wohngeld statt sozialen Wohnungsbaus
- Reduktion Standards und Vorgaben der Bauvorschriften
- die Streichung der Energieeinsparverordnung
- Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren
- Die Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzte Wohnimmobilien streichen.
- Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20% erschweren
- Staatliche Wohnungsunternehmen sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten.
- Staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für bis zu 10% des Objektwertes sollen den Kauf von Wohnraum erleichtern.

Soziales – unter anderem wird gefordert:

- die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Bürgergeld) für volljährige erwerbsfähige Leistungsbezieher nach einer Karenzzeit von sechs Monaten grundsätzlich an die Teilnahme an der „Bürgerarbeit“ mit 15 Wochenstunden knüpfen, soweit nicht bereits eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit mindestens 20 Wochenstunden besteht
- eine „Sachleistungs-Debitkarte“ für volljährige erwerbsfähige Grundsicherungsempfänger einführen, mit der als Alternative zu der Gewährung von Barmitteln die Leistungsgewährung in bestimmten Fällen – wie etwa der Verweigerung der „Bürgerarbeit“ – unbar über die Debitkarte erfolgt
- Mindestlohn beibehalten
- Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung
- Überlastung der Beitragszahler muss durch einen höheren Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung entgegengewirkt werden
- Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik, gegenzufinanzieren.
- individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten.
- 25% der Altersrente nicht auf die Grundsicherung im Alter anrechnen

Auszüge aus Texten und Forderungen verschiedener Parteien zur Bundestagswahl 2025 zum Thema Soziales und Wohnen



„Wir kommen wählen!“ ist eine Aktion der Landesarmutskonferenz

BSW - Bündnis Sahra Wagenknecht

Wohnen – unter anderem wird gefordert:

- Der gemeinnützige Wohnungsbau muss gestärkt werden.
- Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige
- kommunale Wohnungsbauunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten
- großes Wohnungsbauprogramm auflegen
- die Sozialbindung muss dauerhaft gelten.
- Anstatt das Wohngeld zu erhöhen sollte der Staat Mieten deckeln und in den Neubau von Mietwohnungen investieren
- Gesetze zur besseren Bekämpfung von Mietwucher
- Beschleunigung von Bauvorhaben
- Vereinfachung von seriellem Bauen
- Einführung eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens für sozialen Wohnungsbau
- strengere Regulierung der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Ferienwohnungen
- bundesweiten Mietendeckel statt einer Mietpreisbremse.
- die Mieten in besonders belasteten Regionen bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren.
- Kosten für Sanierungen haben die Vermieter zu tragen.

Soziales – unter anderem wird gefordert:

- den gesetzlichen Mindestlohn unverzüglich auf 15 Euro anheben.
- Mindestlohn soll sich an der EU-Mindestlohnrichtlinie orientieren
- Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführen
- Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit beenden.
- Sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen sind abzulehnen.
- eine deutlich höhere Tarifbindung
- Öffentliche Aufträge und Subventionen nur noch an Unternehmen die Tariflöhne zahlen.
- Das Bürgergeld durch eine leistungsstarke und leistungsgerechte Arbeitslosenversicherung und eine faire Grundsicherung ersetzen.
- Langjährig Versicherte sollen so lange 60 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens erhalten, bis ihnen eine zumutbare Beschäftigung angeboten wird
- Den Missbrauch von Sozialleistungen bei gleichzeitiger Schwarzarbeit unterbinden
- gezielte Unterstützung der Arbeitssuchenden.
- Wer Maßnahmen ohne triftige Gründe ablehnt, muss mit Konsequenzen rechnen.
- Die Jobcenter müssen personell und finanziell besser ausgestattet werden
- eine Mindestrente von 1500 Euro nach 40 Versicherungsjahren.
- eine grundlegende Reform der Rentenversicherung nach dem Vorbild Österreich
- alle Erwerbstätigen, auch Beamte Selbständige und Politiker sollen verpflichtend in die gesetzliche Rente einzahlen
- Rente sollte bei 75 Prozent des im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommens liegen
- Als Inflation sollten die Renten für alle in einem ersten Schritt um 120 Euro im Monat steigen.